

33. Steuerrechtliche Jahresarbeitsstagung Wiesbaden, vom 10. bis 12. Mai 1982

Die Unternehmensbesteuerung aus der aktuellen Sicht des Gesetzgebers, der Verwaltung sowie der Rechtsprechung

Ministerialdirektor Dr. Uelner, BMF, Bonn

1. Unternehmensbesteuerung und Wirtschaftsentwicklung
2. Probleme des Beschäftigungsförderungsgesetzes
 - a) Verlängerung der Bestell-, Liefer- und Fertigstellungsfristen um jeweils 6 Monate
 - b) Gewährung der Beschäftigungs-Investitionszulage für Bauten, mit deren Herstellung 1982 begonnen wurde (statt Bauantrag)
3. Nachlese zum Zweiten Haushaltsstrukturgesetz
4. Steueränderungsgesetz 1982
 - a) Einkünfte aus erfinderischer Tätigkeit
 - b) Körperschaftsteuervergütungsverfahren
 - c) Vereinfachung: Ein Beispiel
5. Offene einkommensteuerrechtliche Fragen bei der Behandlung von Bauherren-Gemeinschaften
6. Neue Entwicklungen beim Nießbrauch
7. Aktuelle steuerrechtliche Fragen zum Bilanzrichtlinie-Gesetzentwurf

Der Regierungsentwurf eines Bilanzrichtliniengesetzes

Ministerialdirigent Professor Dr. Rolf Herber, Bonn

- I. Vorgeschichte des Entwurfs
 1. Die 4. gesellschaftsrechtliche Richtlinie
 2. Die Kritik am Vorentwurf eines Bilanzrichtliniengesetzes
- II. Der Regierungsentwurf
 1. Der Aufbau des Entwurfs
 2. Die erfassten Gesellschaftsformen
 3. Grundsätze der Umsetzung der Richtlinie
 4. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs
 5. Besitzstandsregelungen für steuerberatende Berufe
 6. Die wichtigsten Neuerungen
- III. Ausblick

Neuere Entwicklungen in der betrieblichen Altersversorgung

Rechtsanwalt Peter Ahrend, Fachanwalt für Steuerrecht

Gesellschafter-Geschäftsführer der Beratungs-GmbH für Altersversorgung

Steuerberatungsgesellschaft Dr. Dr. Ernst Heissmann, Wiesbaden

- A. Einleitung
 - I. Weitere Klarheit bei der Anpassung laufender Betriebsrenten
 - II. Die ablösende Betriebsvereinbarung — Instrument zur Anpassung betrieblicher Versorgungsregelungen

- B. Steuerrechtliche Fragen bei der Bildung von Pensionsrückstellungen
 - I. Erhöhung des Rechnungszinsfußes auf 6 %
 - 1. Motive für die Erhöhung
 - 2. Technische Durchführung
 - 3. Auswirkungen
 - 4. Kritik
 - II. Erlass vom 30.10.1981 zur Abzugsfähigkeit von Pensionsverpflichtungen bei der Vermögensbesteuerung
 - III. Finanzierungsalter 60 auch bei Schwerbehinderten (EStÄR 1981)
 - IV. Zuführungen zur Pensionsrückstellung bei Erhöhung untergedeckter laufender Pensionsverpflichtungen *
 - V. Pensionszusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer (KStÄR 1981)
 - VI. Rückstellungen für Jubiläumzahlungen
 - VII. Rückstellungen für Verwaltungskosten der betrieblichen Altersversorgung
- C. Steuerliche Probleme bei betrieblichen Unterstützungskassen
 - I. KStÄR 1981
 - II. Rückübertragung von Kassenvermögen und Herstellung der Ausschüttungsbelastung
- D. Steuerliche Fragen zur betrieblichen Direktversicherung
 - I. EStÄR 1981
 - II. Beiträge zur Direktversicherung an mitarbeitende Ehegatten
- E. Erbschaftsteuerliche Behandlung von Hinterbliebenenversorgung
- F. Steuerfreiheit und Steuerermäßigung für Abfindungen von Pensionszusagen
- G. Erhöhung der Ertragsanteile in § 22 EStG
- H. Einkommensteuerliche Behandlung des Versorgungsausgleichs
 - I. Öffentlich-rechtlicher Versorgungsausgleich
 - II. Schuldrechtlicher Versorgungsausgleich

1. Generalthema

Sachverhaltsermittlung im nationalen und internationalen Steuerrecht sowie im Steuerstrafrecht

Mitwirkungs- und Darlegungspflichten der Beteiligten, Beweislastregeln

dargestellt an Hand einer Arbeitsunterlage mit Fallgestaltungen und Lösungshinweisen

Referenten und Bearbeiter der Arbeitsunterlage:

Dr. Jürgen Pelka, Köln Rechtsanwalt und Steuerberater

Helmut Becker, Düsseldorf, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht

Dr. Michael Streck, Köln, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht

unter Berücksichtigung der Aussprache mit den Mitwirkenden

Dr. Horst-Dieter Höppner, Bonn Vizepräsident des Bundesamtes für Finanzen

Dieter Rönitz, Düsseldorf Präsident des Finanzgerichts

- I. Einführung
- II. Sachverhaltsermittlung bei Rechtsbeziehungen zwischen nahe stehenden Personen
 - 1. Anerkennung von Ehegattenarbeitsverträgen
 - 2. Aufnahme von minderjährigen Kindern als Gesellschafter in das elterliche Unternehmen
 - 3. Arbeitsverträge zwischen Kapitalgesellschaften und Gesellschafter-Geschäftsführern
- III. Grenzen der Mitwirkungspflichten der Steuerpflichtigen und Dritter
 - 1. Offenbarung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen sowie Vorstands- und Aufsichtsratsprotokollen
 - 2. Benennung der Empfänger von Bestechungsgeldern, Schmiergeldern, Provisionen u.ä.

3. Kollision von Darlegungspflichten der Beteiligten mit Aussage- und Mitwirkungsverweigerungsrechten zugunsten Dritter
 4. Ermittlungspflicht bei Vorgängen im Privatbereich
- IV. Folgen einer unvollständigen Sachverhaltsaufklärung
1. Ungeklärte Vermögenszugänge Spielgewinne, Darlehen unbekannter Dritter u.a.
 2. Unklare Vermögensminderungen
 3. Nichtabgabe von Steuererklärungen
 4. Schuldhaftige Verletzung der Mitwirkungspflichten durch die Beteiligten und durch Dritte
 5. Unzulängliche Sachverhaltsermittlung durch das Finanzamt, insbesondere wegen Arbeitsüberlastung
 6. Beweislastregeln im Besteuerungsverfahren
- V. Sachverhaltsermittlung im internationalen Bereich
1. Erhöhte Mitwirkungspflicht der Beteiligten bei Auslandssachverhalten, insbesondere bei internationalen Konzernen
 2. Besondere Nachweisvorschriften durch §§ 2 und 3 AIG
 3. Gesetzliche Vermutungen und Beweislastregeln, insbesondere durch das Außensteuergesetz
 4. Internationale Rechts- und Amtshilfe in Steuersachen
- VI. Besteuerungsverfahren und Strafverfahren
1. Mitwirkungspflichten der Beteiligten bei einer Gefahr der Strafverfolgung — Rechtsstellung nach Einleitung des Strafverfahrens — Unterschiedliche Mitwirkungspflichten und Beweislast im Steuer- und Strafverfahren
 2. Verwertungsverbote

Steuerrechtsfolgen gemischter Schenkungen

dargestellt in zwei Referaten und einer kurzen Zusammenfassung der Aussprache

I. Ertragsteuerrechtlicher Teil

Professor Dr. Heinrich Wilhelm Kruse, Bochum

1. Zivilrechtliche Vorfragen
2. Steuerrechtliche Einordnung
3. Argumente für und gegen die Gründe des BFH-Urteils BStBl. 1981 11 14 (IV. Senat)
4. Konsequenzen im Hinblick auf § 7 EStDV
5. Sonder-AfA auf nicht zum Betriebsvermögen gehörende Wirtschaftsgüter (§ 11 d EStDV)

II. Schenkungsteuerrechtlicher Teil

Richter am BFH Dr. Ruth Hofmann, München

1. Die Bereicherung als Gegenstand der Erbschaft- und Schenkungsteuer
2. Schenkungsteuerrechtliche Bereicherung
3. Gemischte Schenkung und schenkungsteuerrechtliche Bereicherung
4. Versuch einer Widerlegung der Argumente, die gegen die Entscheidung des BFH vom 21.10.1981 vorgebracht werden
5. Folgerungen aus der neueren Rechtsprechung
6. Fragen zur Abgrenzung der gemischten Schenkung von der Schenkung unter Auflage

III. Kurze Zusammenfassung der Aussprache über die Referate Professor Dr. Kruse und Dr. Hofmann

Teilnehmer:

Professor Dr. Kruse, Bochum

Dr. Ruth Hofmann, München

Umsatzsteuerliche Unternehmensabgrenzung bei Gesellschaften

dargestellt an Hand einer Arbeitsunterlage mit Fallgestaltungen und Lösungshinweisen

Referent und Bearbeiter der Arbeitsunterlage:

Ministerialrat Dr. Rembert Schwarze, Düsseldorf Finanzministerium des Landes NW

unter Berücksichtigung der Aussprache mit den Mitwirkenden:

Ministerialrat Dr. Rembert Schwarze, Düsseldorf Finanzministerium des Landes NW

Dr. Günter Rau, Bonn, Deutscher Industrie- und Handelstag

Rechtsanwalt Dr. Günter Hallerbach, Duisburg Fachanwalt für Steuerrecht

- I. Nichtunternehmerische Betätigungen von Personenzusammenschlüssen
 1. Ehegattengemeinschaft
 2. Werbegemeinschaft
 3. Holding
- II. Möglichkeit nichtunternehmerischer Bereiche eines Unternehmens
- III. Probleme des Sonderbetriebsvermögens
 1. Überlassung von Wirtschaftsgütern des Gesellschafters an die Gesellschaft
 - a) Anwaltsgemeinschaft
 - b) Arbeitsgemeinschaft
 - c) Personenhandelsgesellschaft
 2. Mindestbemessungsgrundlage (§ 10 Abs. 5 UStG)

2. Generalthema

Geschäftsbeziehungen zwischen dem Gesellschafter und seiner Personengesellschaft

dargestellt an Hand einer Arbeitsunterlage mit Fallgestaltungen und Lösungshinweisen

unter Berücksichtigung der Aussprache mit den Mitwirkenden:

Regierungsdirektor Dr. Gerd Stuhmann Bundesfinanzministerium Bonn

Dr. Georg Döllerer, München, Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof

Dr. Lothar Woerner, München Richter am Bundesfinanzhof

Dr. Alfred Kellermann, Karlsruhe Richter am Bundesgerichtshof

Teil I:

Gewinnzurechnung bei Einlageminderung (§ 15a Abs. 3 EStG)

Rechtsanwalt Dr. Uwe Clausen, München

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht

- A. Überblick über den Regelungsinhalt des § 15a Abs. 3 EStG
- B. Voraussetzungen der Gewinnzurechnung (Sätze 1 und 2)
 - I. Einlageminderung (Satz 1)
 1. Entnahmen
 2. Entstehung oder Erhöhung eines negativen Kapitalkontos
 3. Verluste aus Sonderbetriebsvermögen als Einlageminderung?
 - II. Keine Haftung nach § 171 Abs. 1 HGB (Satz 1)
 1. Bedeutung der Regelung
 2. Das Entstehen einer Haftung aufgrund von Entnahmen
 3. Das Bestehen einer Haftung im Zeitpunkt der Entnahmen
 - III. Begrenzung der Gewinnzurechnung (Satz 2)
- C. Rechtsfolgen der Einlageminderung
 - I. Nachversteuerung des Zurechnungsbetrags (Satz 1)
 - II. Berechnung des Zurechnungsbetrags (Satz 4)

- D. § 15a Abs. 3 EStG als Gestaltungsmittel zur Steuerersparnis
 - I. Aufhebung der 5-Jahres-Frist des § 10d EStG durch Umwandlung in zeitlich unbegrenzt verrechenbare Verluste
 - II. Minderung der Steuerbelastung durch Einlageminderung

Teil II:

Aussprache mit den Teilnehmern zu den Fallgestaltungen

Dr. Uwe Clausen, München (Teil A) Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht und
Gerhard Winter, Mülheim (Teil B) Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht

unter Berücksichtigung der Aussprache mit den Mitwirkenden:
Regierungsdirektor Dr. Gerd Stuhmann Bundesfinanzministerium Bonn
Dr. Georg Döllerer, München Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Lothar Woerner, München Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Alfred Kellermann, Karlsruhe Richter am Bundesgerichtshof

zu folgenden Fallgestaltungen:

- A. Gewinnzurechnung bei Einlageminderung (§ 15a Abs. 3 EStG)
 - I. Negatives Kapitalkonto und Einlageminderung
 - II. Zeitliche und betragsmäßige Begrenzung
 - III. Verrechnung des Betrages der Einnahminderung mit Gewinnen
 - IV. Einlageminderung und Sonderbetrieb
- B. Leistungsbeziehungen und Betriebsaufspaltung
 - I. Leistungsaustausch zwischen Gesellschafter und Gesellschaft Arbeitnehmerkommanditist
BFH-Urteil vom 24.1.80 — IV R 156-157/79 — BStBl 80 II 271
BFH-Urteil vom 23.7.81 (I. Senat, noch nicht veröffentlicht)
 - II. Leistungsaustausch zwischen Gesellschaften bei
Gesellschafteridentität
Dienstleistungen
BFH-Urteil vom 6.11.80 — IV R 5/77 — BStBl 81 II 307
Nutzungsüberlassungen
BFH-Urteil vom 19.2.81 — IV R 141/77 — BStBl 81 II 433
Warenlieferungen
BFH-Urteil vom 22.1.81 — IV R 160/76 — BStBl 81 II 427
 - III. Mitunternehmerische Betriebsaufspaltung
Subsidiaritätstheorie und Betriebsaufspaltung
BFH-Urteil vom 18.7.79 — I R 199/75 — BStBl 79 II 750
Vorrang der Betriebsaufspaltung vor Mitunternehmerschaft
BFH-Urteil vom 19.2.81 — IV R 141/77 — BStBl 81 II 433
- C. Fortsetzungs- und Nachfolgeklauseln
 - I. Gesellschaftsvertrag ohne Fortsetzungs- oder Nachfolgeklausel
Zivilrechtliche Grundlagen
Steuerliche Folgen
 - II. Gesellschaftsvertrag mit Fortsetzungsklausel
Zivilrechtliche Grundlagen
Steuerliche Folgen
Keine Abfindung der Erben
Abfindung zum Buchwert
Abgeltung stiller Reserven

- III. Gesellschaftsvertrag mit Nachfolgeklausel
 - Zivilrechtliche Grundlagen
 - Einfache Nachfolgeklausel
 - Qualifizierte Nachfolgeklausel
 - Gescheiterte Nachfolgeklausel
 - Steuerliche Folgen
 - Abfindung an weichende Erben
 - Sonderbetriebsvermögen des Erblassers

3. Generalthema

Schwerpunkte des aktuellen Körperschaftsteuerrechts

dargestellt in Referaten und Aussprachen anhand einer Arbeitsunterlage mit Fallgestaltungen und Lösungshinweisen

Teil I:

Neuer § 8a und Änderungen der §§ 27 bis 29 KStG

Ministerialrat Paul Gerhard Flockermann, Bundesfinanzministerium Bonn

Vorbemerkung

- I. Fremdfinanzierungsregelung (Entwurf eines § 8 a KStG)
 - 1. Grundsatz der steuerlichen Einmalbelastung des Einkommens
 - 2. Kreis der betroffenen Anteilseigner
 - a) Nichtanrechnungsberechtigte
 - b) Wesentliche Beteiligung
 - c) Zusammenfassung von Beteiligungen
 - d) Nahestehende Personen
 - 3. Formen der Fremdfinanzierung
 - a) Stille Beteiligung
 - b) Darlehen
 - 4. Fremdfinanzierung über Dritte
 - 5. Außensteuerliche Fragen
 - a) Besteuerung der inländischen Kapitalgesellschaft
 - b) Besteuerung des Anteilseigners
 - 6. Anwendungszeitpunkt
 - 7. Abschließende Bemerkung
- II. Inanspruchnahme von verwendbarem Eigenkapital außerhalb normaler Gewinnausschüttungen
 - 1. Geltendes Recht: Zeitliche Differenz zur Herstellung der Ausschüttungsbelastung
 - 2. Künftige Verrechnung mit dem Eigenkapital zum Schluss des Ausschüttungsjahres
 - 3. Sachlicher Anwendungsbereich der vorgesehenen Neuregelung
 - a) Vorabausschüttungen
 - b) Verdeckte Gewinnausschüttungen
 - c) Offene Ausschüttungen ohne ordnungsmäßigen Beschluss
 - d) Abschlagszahlungen auf den Liquidationsüberschuss
 - e) Fortfall des so genannten Verdrängungseffekts bei Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln
 - f) Kapitalrückzahlung nach vorausgegangener Herabsetzung des Nennkapitals

Teil II:

Fälle zu § 8a KStG

Rechtsanwalt Reinhard Pöllath, LL.M., München

unter Berücksichtigung der Aussprache mit den Mitwirkenden:

Ministerialrat Paul Gerhard Flockermann, Bonn

Prof. Dr. Ludwig Schmidt, München, Richter am BFH

Rechtsanwalt Reinhard Pöllath, München

Dr. Norbert Herzig, Steuerberater, Köln

Advocat Dr. Werner Haring, Basel

Dr. Rudolf Kögler, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Vereinigung Schweizerischer Unternehmen in Deutschland

Fall 1: Gewinnabhängige Fremdfinanzierung durch Gesellschafter

a) Grundfall

b) Varianten

Fall 2: Festverzinsliche Fremdfinanzierung durch Gesellschafter

c) Grundfall

d) Varianten

e) Drittvergleich als Auffangtatbestand?

Fall 3: Die Begrenzung auf das Einfache des Eigenkapitals bei Unternehmensgruppen

f) Grundfall

g) Varianten

Fall 4: „Back-to-back“-Finanzierungen

h) Back-to-back-Finanzierung

i) Konten bei ausländischer Bank

j) Konten bei inländischer Bank

k) Über-Kreuz-Finanzierungen

Fall 5: Steuerlich weiter zulässige Gesellschafter-Finanzierungen

Fall 6: Übergangsregelung

Teil III:

Einzelfragen des Körperschaftsteuerrechts

Prof. Dr. Ludwig Schmidt, München, Richter am BFH

A) Betriebsaufspaltung zwischen Kapitalgesellschaften?

B) Familien-GmbH

C) Übertragung immaterieller Anlagewerte im Wege der verdeckten Gewinnausschüttung

Teil IV:

Einzelfragen des Körperschaftsteuerrechts

Referent und Bearbeiter Arbeitsunterlagen:

Privatdozent Dr. Norbert Herzig, Steuerberater, Köln

A. Kapitalherabsetzung

I. Mit Inanspruchnahme verwendbaren Eigenkapitals

II. Ohne Inanspruchnahme von verwendbarem Eigenkapital

B. Einlagenrückzahlung

I. Auswirkungen bei der Kapitalgesellschaft

II. Auswirkungen beim Gesellschafter

C. Liquidation einer Einmann-GmbH

I. Auswirkungen bei der GmbH

II. Auswirkungen beim Gesellschafter

- D. Erwerb und Veräußerung eigener GmbH-Anteile
 - I. Erwerb eigener GmbH-Anteile
 - II. Veräußerung eigener GmbH-Anteile
 - III. Eigene Auffassung

4. Generalthema

Brennpunkte der Gestaltung und Folgen von Betriebspachtverträgen, Betriebsüberlassungsverträgen und Betriebsführungsverträgen

dargestellt in Referaten und einer Aussprache mit Fallgestaltungen und Lösungshinweisen

Teil I:

Vertragsrechtliche, gesellschaftsrechtliche und arbeitsrechtliche Probleme von Betriebspachtverträgen, Betriebsüberlassungsverträgen und Betriebsführungsverträgen

Professor Dr. Uwe H. Schneider, Darmstadt/Mainz

- I. Die Begriffsbildung
- II. Die rechtstatsächliche Bedeutung
 - 1. Die Bedeutung der Verträge außerhalb des Konzerns
 - 2. Die Bedeutung der Verträge im Konzern
- III. Der Vertragsinhalt
 - 1. Der Betriebspachtvertrag
 - a) Der Vertragsgegenstand
 - b) Das Innenverhältnis
 - (i) Die Pflichten des Verpächters
 - (ii) Die Pflichten des Pächters
 - c) Das Außenverhältnis
 - 2. Der Betriebsführungsvertrag
 - a) Der Betriebsführungsvertrag als Geschäftsbesorgungsvertrag
 - b) Grenzen schuldrechtlicher Gestaltungen
 - (i) Generalvollmacht
 - (ii) Grenzen der Weisungsbefugnis
- IV. Betriebspachtverträge, Betriebsüberlassungsverträge und Betriebsführungsverträge im Gesellschaftsrecht
 - 1. Das Problem
 - 2. Verpachtung durch Personenhandelsgesellschaft
 - 3. Gesellschafterlicher Beitrag
 - 4. Die Abgrenzung von Organisationsverträgen
 - 5. Die faktische Satzungsänderung
- V. Betriebspachtverträge, Betriebsüberlassungsverträge und Betriebsführungsverträge im Arbeitsrecht
 - 1. Die Auswirkungen auf das individuelle Arbeitsverhältnis
 - 2. Die Auswirkungen auf die Betriebsverfassung
- VI. Die Auswirkungen auf die Unternehmensverfassung

Teil II:

Probleme der handels- und steuerrechtlichen Erfolgzzurechnung bei Betriebspacht-, Betriebsüberlassungs- und Betriebsführungsverträgen

Dr. Elisabeth Strobl, München

- I. Entwicklung der Rechtsprechung des RFH und BFH zur Erfolgzzurechnung bei Unternehmensverträgen
 1. Einschaltung eines Rechtssubjekts
 2. Der sog. wirtschaftliche Einkommensbegriff
 3. Zurechnung nach der Dispositionsbefugnis

- II. Bilanzierung und Erfolgzzurechnung bei Betriebspacht- und Betriebsüberlassungsverträgen
 1. Steuerrechtliche Anerkennung
 2. Abgrenzung Betriebspacht und Betriebsüberlassung
 3. Ausgewählte Bilanzierungsfragen
 - a) Keine Bilanzierung des Betriebspacht- und Betriebsüberlassungsvertrages
 - b) Bilanzierung beim Verpächter (Anlagevermögen und Substanzerhaltungsanspruch)
 - c) Bilanzierung beim Pächter (Anlagevermögen und Substanzerhaltungsverpflichtung)
 4. Fragen der Erfolgzzurechnung
 - a) Betriebspachtvertrag
 - b) Betriebsüberlassungsvertrag

- III. Besonderheiten der Bilanzierung und Erfolgzzurechnung bei Betriebsführungsverträgen
 1. Folgerungen aus der Entwicklung der Rechtsprechung
 2. Buchmäßiger Ausweis der Geschäftsvorfälle im Rechnungswesen des geführten Unternehmens
 - a) Bei echter Betriebsführung
 - b) Bei unechter Betriebsführung

- IV. Schluss

Teil III:

Diskussion mit den Teilnehmern zu den Fallgestaltungen

Prof. Dr. Uwe H. Schneider und Dr. E. Strobl

unter Berücksichtigung der Aussprache mit den Mitwirkenden:

Prof. Dr. Uwe H. Schneider, Darmstadt/Mainz

Dr. Elisabeth Strobl, München Wirtschaftsprüferin und Steuerberaterin

Dr. Georg Döllner, München Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof

Hans-Joachim Fleck, Karlsruhe Richter am Bundesgerichtshof

Rechtsanwalt Dr. Karl Heinz Knepper, München